

Marija Kolak,
Präsidentin des
Bundesverbandes der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken (BVR)

Statement

Jahrespressekonferenz

12. März 2019

Bundesverband der
Deutschen Volksbanken und
Raiffeisenbanken • BVR

Pressesprecherin:
Melanie Schmergal

Schellingstraße 4
10785 Berlin

Telefon: +49 30 2021-1300

presse@bvr.de
www.bvr.de
twitter.com/BVRPresse
facebook.com/BVRBerlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz herzlich begrüße ich Sie – auch im Namen meiner Vorstandskollegen Gerhard Hofmann und Dr. Andreas Martin – zu unserer März-Pressekonferenz. Wir freuen uns auf die Gespräche mit Ihnen. Zunächst ein kurzer Blick zurück: Das **Geschäftsjahr 2018** der Volksbanken und Raiffeisenbanken, der Sparda-Banken, PSD Banken und der genossenschaftlichen Spezialinstitute war geprägt von weiteren Marktanteilsgewinnen im Kredit- und Einlagengeschäft, aber auch von Investitionen in die Digitalisierung. Dank eines stabilen Zinsüberschusses und steigender Provisionserlöse erzielten die deutschen Genossenschaftsbanken einen Gewinn vor Steuern von 6,4 Milliarden Euro. Der Gewinn nach Steuern lag bei 2,2 Milliarden Euro. Erwirtschaftet haben das 875 Genossenschaftsbanken. Ende 2018 war das – wie im letzten Jahr schon angekündigt – ein moderater Rückgang um 40 Banken.

Basierend auf den dezentralen Geschäftsmodellen der selbstständigen Genossenschaftsbanken in der Region ist es unser Bestreben, unsere Digitalisierungsoffensive stetig voranzutreiben, um aus unserer guten Marktposition digital noch mehr zu machen. Daher hatte ich Ihnen im letzten Jahr von den Plänen für eine neue Omnikanal-Vertriebsplattform berichtet. Wir wollen konsequent alle Produkt- und Dienstleistungsangebote einer Genossenschaftsbank digitalisieren und als Omnikanalangebot auf allen Zugangswegen – vor Ort, online und mobil – anbieten. Dabei sind wir in der Lage, auch hohe Investitionen in die Zukunft zu stemmen, ohne an operativer Ertragskraft einzubüßen, wie die Zahlen deutlich zeigen. Wie ist nun der Stand in Sachen Omnikanal-Vertriebsplattform? Aktuell arbeiten 430 Mitarbeiter der Fiducia & GAD IT AG und 220 Mitarbeiter von Genossenschaftsbanken und den Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie den Regionalverbänden in gemischten und agil arbeitenden Teams intensiv an der IT-Realisierung. Einige Beispiele: Bereits am Markt ist die Eröffnung von Fondsdepots der Union Investment im Onlinebanking. In diesem Halbjahr folgen weitere Anwendungen im Immobilienbereich – der Kunde erhält nach Eingabe seiner Daten online Finanzierungsangebote, die bei Interesse vollständig an den Bankberater weitergeleitet werden. Die Förderung unserer mittelständischen Firmenkunden bildet, wie Sie wissen, die DNA der Genossenschaftsbanken. Daher freue ich mich, dass unsere Firmenkunden im Sommer auf ein multibankfähiges Allfinanzportal mit eigener App zugreifen können. Der Fokus liegt dabei zunächst auf den Funktionen Zahlungsverkehr und Liquiditätsmanagement.

Meine Damen und Herren, mitten in der technischen Umsetzung sind wir auch hinsichtlich der Bereitstellung der sogenannten PSD2 Schnittstelle, wie sie die Europäische Zahlungsverkehrsrichtlinie zum September 2019 vorschreibt. Wir investieren hier in die Ausführung einer regulatorischen Vorgabe, die die Geschäftsmodelle von Drittdienstleistern

erweitert, allerdings ohne die Chance einer entsprechenden Bepreisung unserer Leistung bei diesen. Auch wenn wir die Motivation der EU-Kommission zur Öffnung von Märkten nachvollziehen können, darf hieraus keine Einbahnstraße werden: Offene Schnittstellen muss es in alle Richtungen geben. Und: Nachhaltige Investitionen in innovative Infrastrukturen werden nur dann stattfinden, wenn alle Marktteilnehmer hieraus einen Business Case ableiten können. Hierauf muss die Politik künftig verstärkt achten, wenn von Open Banking die Rede ist.

Meine Damen und Herren, richtig verstandene **Industriepolitik** kann die Innovationskraft Europas stärken. Vor allem ist richtig verstandene Industriepolitik viel eher geeignet, Wachstumschancen für Europa zu generieren als jüngst gerade wieder diskutierte Transferansätze. Gemeinsame europäische Initiativen, die die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur sowohl bei den Verkehrswegen, der Energie als auch bei den digitalen Netzen bis hin zum Zahlungsverkehr grenzüberschreitend verbessern, sind sinnvoll – und dürfen auch kartellrechtlich nicht konterkariert werden. Genauso wie der Ausbau der Forschung in den Schlüsseltechnologien, um Impulse für das langfristige Wirtschaftswachstum zu setzen. Daher ist es auch richtig, dass Europa eine Chinastrategie entwickelt. In gut begründeten Einzelfällen muss es möglich sein, aus Sicherheitsinteressen oder bei zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen chinesische Investitionen in der Europäischen Union (EU) zu untersagen. Allerdings sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der auf dem EU-Gipfel am 21. und 22. März anstehenden Debatte zur Industriepolitik auch klare Grenzen setzen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Es ist auch nicht Aufgabe des Staates, **nationale oder europäische Champions** zu schaffen. Champions entstehen im Wettbewerb als Folge guter unternehmerischer Entscheidungen. Der Mittelstand ist auch mit Hilfe unserer Institute auf den Weltmärkten erfolgreich. Große Unternehmen sind oft nicht die besseren Unternehmen. Und wenn sie scheitern, trifft es nicht selten am Ende den Steuerzahler. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, dass sich der Bund möglichst bald aus dem Thema Großbankenbeteiligung zurückzieht und so die Möglichkeit schafft, Markterfolg ohne Staatsbeteiligung zu testen.

Mit großer Sorge sehe ich übrigens auch die Pläne des Bundesfinanzministeriums, bei Dienstleistungen von Versicherungen und Banken gesetzlich in die Preisbildung einzugreifen. Zum Beispiel durch einen Provisionsdeckel für die Vermittlung von Restkreditversicherungen. Bei der Vielzahl von Anbietern mit unterschiedlichen Produkten und Preisen ist so ein großer Eingriff in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb schlicht ordnungspolitisch falsch und verstößt gegen die Privatautonomie.

Meine Damen und Herren, bei einer Pressekonferenz im März 2019 darf natürlich das Thema **Brexit** nicht fehlen, auch wenn es zunehmend schwerer fällt, die Motivation der handelnden Personen zu beurteilen. Ich hoffe, dass es heute im britischen Unterhaus bei der Abstimmung über das Austrittsabkommen oder vielleicht morgen bei einer Abstimmung über einen No-Deal-Brexit gelingt, den ungeregelten Brexit abzuwenden. Ein solcher Brexit könnte Deutschland einen halben Prozentpunkt Wirtschaftswachstum kosten – eine Einbuße in der Größenordnung von bis zu 17 Milliarden Euro. Für Großbritannien wäre der prozentuale Rückgang noch größer, die britische Wirtschaft dürfte in eine Rezession geraten. Doch selbst wenn es – das wäre dann am 14. März – zu einer Verschiebung des Brexits kommen sollte, wäre das künftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU noch immer unklar. Am besten für Großbritannien und auch die EU wäre ein Verbleib in der Gemeinschaft, der geordnete Brexit ist second best. In einer Verschiebung des Brexits um zwei Monate sehe ich dann einen Sinn, wenn dies zu einer Mehrheitsfindung im britischen Unterhaus beiträgt.

Immerhin ist vorerst das größte Risiko für die Finanzmarktstabilität gebannt: Nach dem Willen der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA und der britischen Finanzaufsicht ist der grenzüberschreitende Handel von Eurozinsswaps auch nach einem No-Deal-Brexit zunächst weiterhin über das London Clearing House (LCH) möglich. Begrüßenswert ist auch die Devisentauschvereinbarung zwischen Europäischer Zentralbank (EZB) und der Bank of England – eine sinnvolle Vorsorgemaßnahme, falls es im Zuge des Brexits zu Marktverwerfungen kommen sollte. Die Genossenschaftsbanken haben nur in seltenen Ausnahmefällen direkte Handelsbeziehungen nach Großbritannien. Daher ist bei einem Brexit nur mit geringen direkten Konsequenzen für die Genossenschaftsbanken zu rechnen – zum Beispiel mit höheren Eigenmittelanforderungen für britische Wertpapiere aufgrund einer veränderten Risikogewichtung.

Die Zukunft der Europäischen Union werden die Briten zumindest durch ihr Wahlrecht für die **Europawahl** im Mai wohl nicht mehr beeinflussen können. Angesichts des anstehenden Brexits sei ein Blick darauf erlaubt, wie beeindruckend der Beitrag der europäischen Integration zum Wohlstand in Europa ist. Das sollten sich die Bürgerinnen und Bürger vor Augen führen, wenn sie im Mai das Europäische Parlament wählen. Ohne den Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten – grenzüberschreitender Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie Personenfreizügigkeit – wären die Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung nach Schätzungen der

Europäischen Kommission um 8,5 Prozent niedriger als sie es heute sind. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat völlig Recht, wenn er – etwas dramatisch – darauf hinweist, dass die Europawahl über die Zukunft unseres Kontinents entscheidet.

Der Wohlstand beginnt an den Wahlurnen. Umfragen zeigen, dass eine große Mehrheit der Europäer die Leistungen der europäischen Integration zu schätzen wissen. Vier von fünf Europäern befürworten die Freiheiten des Binnenmarktes und drei Viertel der Bürger beurteilen den Euro als gut für die EU. Deshalb ist es so wichtig, dass die Befürworterinnen und Befürworter der europäischen Integration auch wählen gehen. Ansonsten würden die populistischen Kräfte in der EU gestärkt, die den Binnenmarkt, die Personenfreizügigkeit oder sogar die EU insgesamt infrage stellen. Auch wenn diese Kräfte weiterhin eine Minderheit im Europäischen Parlament darstellen dürften, könnte dies die Arbeit des Parlaments und seiner Ausschüsse sowie auch der Kommission beeinträchtigen. Eine Zersplitterung der Meinungen und ein geschwächtes Parlament wären eine schwere Hypothek, wenn es darum geht, die Dynamik und die Innovationskraft der Wirtschaft zu erhöhen, damit die EU sich im globalen Wettbewerb behaupten kann.

Ein gutes Signal für die EU und den Euroraum wäre auch die klare Perspektive eines geldpolitischen Exits aus dem Krisenmodus. Mit der Festlegung auf eine erste Leitzinserhöhung frühestens 2020 und der Neuauflage des TLTRO-Programms, mit dem die EZB Banken zweijährige Liquidität anbietet, rückt der Kurswechsel auf der Zeitachse nun noch weiter nach hinten. Dabei darf die EZB den geldpolitischen Exit nicht auf die lange Bank schieben. Die Negativzinspolitik – kombiniert mit der aufgeblähten Bilanz der Notenbank – passt nicht zu der Perspektive eines anhaltenden Aufschwungs im Euroraum. Eine möglichst frühzeitige Zinswende ist nicht nur mit Blick auf die Preisaussichten wichtig, sie würde auch einen spürbaren Beitrag zur Finanzstabilität leisten und die Anreize zur privaten Zukunftsvorsorge erhöhen.

Nun gebe ich aber erst einmal das Wort an meinen Vorstandskollegen Herrn Dr. Martin.